



In dieser Ausgabe

1	Brich dem Hungrigen dein Brot! Zum Erntedankfest
2	Herbsttagung des EAK Sachsen-Anhalt 31.10 -02.11.2003
3	Kirchenverfolgung 1953 in der DDR wirkt sich bis heute aus
4	Veranstaltung in Stendal 17.Juni 1953 in der Altmark
5	Es geht nicht ums Hüftgelenk! „Generationenkrieg“
6	40. Bundestagung des EAK in Halle/Saale
7	Informationen aus dem Bundesarbeitskreis
8	Resolution zum Thema „Babyklappe“
9	Gem. Synodentagung Sachsen-Anhalt - Thüringen
10	Tod eines Traumes Ökumenische Zustandsbeschreibung
11	Polizeiseelsorge In Sachsen-Anhalt
12	Martin-Luther-Grundschule Oppin
13	Religion - Politik - Gesellschaft Umfrage der KAS
14	Nachkonfirmandenfreizeiten in Taizé'

Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Post über: CDU-Fraktion im Landtag
Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Rundbrief des EAK Sachsen-Anhalt

Liebe Freunde

Hinter uns liegt ein schöner warmer Sommer. Viele von ihnen haben ausgiebig Sonne getankt. Nur für die Landwirtschaft war diese Trockenheit ein Problem. Unsere Ernte ist nicht ganz so ausgefallen, wie wir es erwartet haben. So schnell kommt unser Lebensraum aus dem Lot und wir können nur zuschauen.

Die politische Bühne ist auch wieder in Bewegung gekommen. Alle wissen, dass wir so nicht weiterwirtschaften können. Jeder hat Sparvorschläge für die Anderen. Nur wenn es einen selbst trifft, wird lautstark protestiert. Die Vermutung liegt nahe, dass wir in diesem Herbst noch einige abenteuerliche Verhaltensweisen auf dem Weg der Sozialreformen erleben werden.

Und dann ist da noch die Sache mit dem Weltfrieden. Nach heftigem Streit vor dem Irakkrieg, in dem auch Kirchenleute sehr vehement aufgetreten sind, ist zur Zeit etwas Ruhe eingekehrt. Aber lassen wir uns nicht täuschen, das Thema ist nicht gelöst.

Bei allen angedachten Sozialreformen in der Gesellschaft kommt ein langjähriges Thema des EAK ganz neu in den Vordergrund: Auf welchem Wertebild basieren unsere Reformansätze?

Viele Fragen bedürfen einer Antwort wie zu Beispiel: Nach welchen Maßstäben soll umverteilt werden? Hat Kinderbetreuung Vorrang vor allem? Hat Bildung Vorrang vor anderen Sozialleistungen? Ist Familie wichtig? Wie viel braucht ein Mensch von der Solidargemeinschaft zum Leben? Wie weit geht Gesundheitswesen und wo fängt Luxuspflege an? Wie groß kann meine Eigenbeteiligung am Gesundheitswesen sein? Welche Erwartungen hat ein alter Mensch an die Gesellschaft?

Wer entscheidet eigentlich über alle diese Fragen?

Wir wollen und dürfen unsere Entscheidungsträger in diesem Neuorientierungsprozess nicht allein lassen. Der EAK will eine Plattform für diese Diskussionen sein. Ich wünsche ihnen Gottes Segen bei der Orientierung und einen langen Atem.

Michael Schekatz

„Brich dem Hungrigen dein Brot!“ Erntedankfest

Unsere Tische sind immer noch reichhaltig gedeckt. Unsere Mobilität ist trotz beklagter hoher Kraftstoffpreise beinahe grenzenlos. Komfortable Wohnungen sind selbstverständlich. Mindestens eine Urlaubsreise gehört zum Standard. Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft. Damit gehören wir weltweit zu einer privilegierten Gruppe. Auch wenn uns immer wieder bewusst gemacht werden soll, dass unser Wohlstandsstaat am Ende ist, haben wir noch immer mehr als wir täglich brauchen.

Gerade deswegen sollten wir uns unserer Verantwortung bewusst werden gegenüber der Armut, dem Hunger, der Obdachlosigkeit und dem Elend in unserem und auch in anderen Ländern. Das Erntedankfest bietet uns dazu eine gute Gelegenheit.

Der Prophet Jesaja fordert uns unmissverständlich auf und erinnert an die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse. Damit ist dieser uralte Text wieder brandaktuell. Wir finden auch heute die selben Nöte: Hunger, Elend, Obdachlosigkeit.

In vielen Gemeinden wird das Erntedankfest als fest des Teilens gefeiert. Damit setzen sie Zeichen, die mehr sein können als ein Tropfen auf den heißen Stein im Kampf gegen Armut und Unterdrückung, Hunger und Kriegsfolgen, Verfolgung und Ausbeutung. Die Überwindung dieser Nöte fängt damit an, dass wir uns unserer eigenen Lebensweise bewusst werden. Vieles von dem, was für uns selbstverständlich ist, ist es eben eigentlich nicht.

Und trotzdem ist das Erntedankfest ein Fest. Anlass zur Dankbarkeit gegenüber Gott, Ausdruck von Lebensfreude.

Rüdiger Hille

Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!
Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn, und entzieh dich nicht deinem Fleisch und Blut!

Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des Herrn wird deinen Zug beschließen.

Dann wirst du rufen, und der Herr wird dir antworten. Wenn du schreist, wird er sagen: Siehe, hier bin ich.

Wenn du in deiner Mitte niemand unterjochst und nicht mit Fingern zeigst und nicht übel redest, sondern den Hungrigen dein Herz finden lässt und den Elenden sättigst, dann wird dein Licht in der

Finsternis aufgehen, und dein Dunkel wird sein wie der Mittag.

Und der Herr wird dich immerdar führen und dich sättigen in der Dürre und dein Gebein stärken. Und du wirst sein wie ein bewässerter Garten und wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt.

Jesaja 58, 7-12

Herbsttagung des EAK Sachsen-Anhalt im Bildungszentrum Schloss Wendgräben 31. Oktober - 2. November 2003

Gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung möchten wir sie ganz herzlich zur Herbsttagung einladen. Wir sind dankbar, dass wir uns dort zu einem ausführlichen Austausch über das Thema: „**Faszination Freiheit - Freiheit in christlicher Verantwortung**“ zusammensetzen können.

Kaum ein anderer Begriff hat im Verlauf der Geschichte die Phantasie der Menschen mehr beflügelt als 'Freiheit'. Schließlich wurde 'Freiheit' zu einem Grundbegriff moderner Demokratien und zählt heute mehr denn je neben Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand zu den wichtigsten Attributen einer lebenswerten Gesellschaft.

Doch so selbstverständlich uns der Freiheitsbegriff geworden ist, so wenig selbstverständlich ist es,

Freiheit in all ihren Facetten zu verstehen und verantwortlich damit umzugehen. Gerade heute sehen sich die Menschen im Zuge des Modernisierungsprozesses einem Zuwachs an Freiheiten gegenüber, der jedoch zumeist mit einem Zuwachs an Unsicherheit und Orientierungslosigkeit verbunden ist. Dieser Entwicklung gegenläufig ist die Tendenz einer Ausweitung staatlichen Handelns, die aber - fast unbemerkt - Freiheitseinschränkungen nach sich zieht. Wie wir verantwortungsvoll mit der uns gegebenen Freiheit umgehen können, welche politischen Weichenstellungen für eine Ermöglichung und Bewahrung von Freiheit erforderlich sind, wie innere Freiheit durch eine Lebensbestimmung von Gott her erreicht werden kann, diese und weitere Fragen sollen in dem Seminar „Faszination Freiheit“ thematisiert und besprochen werden.

Das ausführliche Programm finden sie auf den letzten Seiten. Noch ein Hinweis: Anmeldungen bitte direkt an die KAS. Es gelten deren Teilnahmebedingungen. Sie können sich auch unter der folgenden Anschrift über Details informieren.

Elke Gensch
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloss Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel. (039245) 952-351
Fax.(039245) 952-366
E-Mail: zentrale-wendgraeben@kas.de

Kirchenverfolgung 1953 in der DDR wirkt sich bis heute aus

**Karsten Knolle, CDU-Europa-
abgeordneter aus Quedlinburg,
erinnert sich an den DDR-
Staatsterror gegen die evan-**

gelische Kirche vor 50 Jahren im Kreis Quedlinburg

Als Pastorensohn, Jahrgang 1939, kann ich mich noch genau an die Kirchen- und Christenverfolgung im Frühjahr 1953 erinnern. Mein Vater leitete 1953 die evangelischen Neinstedter Anstalten in Neinstedt bei Quedlinburg.

Seit etwa März 1953 wurden in der *Freiheit* - heute *Mitteldeutsche Zeitung* - zahlreiche Artikel über die angeblich unhaltbaren Zustände in den Neinstedter Anstalten und gegen meinen Vater veröffentlicht. Die Anstalten galten gegenüber der SED als "Hort des Imperialismus" und "Brutstätte für westliche Agenten" und die damals starke Jugendorganisation der evangelischen Kirche "Junge Gemeinde" sei "westlich infiltriert".

Es traf sicherlich zu, dass mein Vater und viele Mitarbeiter der Anstalten nicht gerade "SED-freundlich" waren. Wir Kinder - ich war damals 14 Jahre alt und der sechste von zwölf Kindern - lehnten es ab, Mitglied der "Jungen Pioniere" oder der "FDJ" zu werden.

Im März/April setzten intensive Verfolgungsmaßnahmen gegen die "Junge Gemeinde" ein. Diakone und Pfarrer, die sich in der "Jungen Gemeinde" aktiv eingebracht hatten, wurden verhaftet. Anfang Mai 1953 wurden die Neinstedter Anstalten schließlich in einer Nacht- und Nebelaktion von der SED beschlagnahmt und das ganze Kirchenpersonal fristlos entlassen und aus den anstaltseigenen Wohnungen hinausgeworfen.

Wenig vorher wurden die kirchlichen Einrichtungen der Inneren Mission in Magdeburg-Cracau "verstaatlicht". Mein Vater ließ sich aber von den Aktionen gegen die Kirche nicht beeindrucken. Er organisierte einen passiven Widerstand auf den Straßen in

Neinstedt. Es wurden Kirchenlieder gesungen und gebetet. Wegen drohender Hausdurchsuchungen verbrannten meine Eltern fast sämtliche bis 1945 erschienene Literatur. Selbst unsere geliebten Karl May-Bücher verschwanden, da sie in der DDR damals auf den Index standen, durch die Schornsteine. Mein Antikommunismus wurde 1953 begründet.

Die Russen hatten die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kirche sehr aufmerksam verfolgt und Anfang Juni 1953 das SED-Zentralkomitee nach Moskau einbestellt. Dort wurde die SED aufgefordert, die Kirchen nicht mit Druck zu bekämpfen, sondern propagandistisch zu unterwandern. Daraufhin wurden wenige Tage später die kirchlichen Einrichtungen zurückgegeben. Die anhaltenden Schikanen gegen die Kirche Mitte Juni 1953 haben dann u. a. auch dazu geführt, dass der Volksaufstand am 17. Juni fast die gesamte DDR erfasste.

Im Mai 1953 erschien in einer Ausgabe des *Stern* ein Bericht über die Kirchenverfolgung in der DDR. Auf einem Foto wurde mein Vater als "Feind des DDR-Staates" dargestellt und auf die Verfolgungen in Neinstedt und in anderen Orten hingewiesen. Diese Berichterstattung hatte für unsere Familie langwierige und verheerende Folgen. Einige meiner älteren Geschwister flüchteten in den Westen, da ihnen der Zugang zur Oberschule bzw. Uni verwehrt wurde. Ich selber musste 1955 mit 16 Jahren nach West-Berlin flüchten. Dieser unhaltbare Zustand der "Zersplitterung" der Familie fand 1956 ein Ende, als meine Eltern zusammen mit meinen jüngeren Geschwistern ebenfalls in die Bundesrepublik gingen. Dank der Unterstützung durch den damaligen Kirchenpräsidenten von Hessen und

Nassau, Martin Niemöller, und meines Onkels dem Bischof von Berlin und Brandenburg, Otto Dibelius, fand mein Vater eine Pfarrstelle in Steinbach bei Frankfurt/Main. Die Familie war wiedervereinigt.

Die Kirchenverfolgung und die Hatz auf die evangelische "Junge Gemeinde" 1953 hat ihre Wirkung gehabt. Als Gegenmaßnahme zur Konfirmation wurde von der SED die Jugendweihe forciert, die heute z. T. einen größeren Zulauf hat, als zu DDR-zeiten. Der Grundstein für den Atheismus in den neuen Bundesländern wurde von der SED 1953 gelegt. Die fast restlose Ausrottung des Bürgertums ist leider bis heute spürbar.

Karsten Knolle

EAK-Veranstaltung in Stendal

Der 17. Juni 1953 in der Altmark

„Wehret dem Vergessen!“ Das war der Tenor einer gemeinsamen Veranstaltung des EAK Sachsen-Anhalt mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Edda Ahrberg, am 1. Juli 2003. Dank der finanziellen Unterstützung und organisatorischen Vorbereitung durch Frau Ahrberg und der Öffentlichkeitsarbeit des Autors konnte diese Veranstaltung in der Stendaler Marienkirche stattfinden. Es war zugleich die einzige Veranstaltung zur Thematik des 17. Juni 1953 in der Altmark. Trotz der intensiven Pressevorbereitung und einer Vorabinformation aller Pfarrämter blieb der Teilnehmerkreis mit nur etwa 30 Personen recht überschaubar. Keiner dieser Teilnehmer sollte sein Kommen bereuen.

Jürgen Scharf war in seiner Funktion als EAK-Landesvorsitzender trotz der zeitgleich stattfindenden Landtagssitzung nach Stendal gekommen, um die Veranstaltung mit Informationen und Reflexionen zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR zu eröffnen. 13 Jahre nach der Wiedervereinigung sei der 17. Juni 1953 in Ost und West endlich zu einem gemeinsamen Erfahrungs- und Interpretationsphänomen geworden. Jedoch müsse er sich mit wachsender zeitlicher Distanz zwischen Vergessen, Ritualisierung und echtem Gedenken ein solides Fundament und einen gesicherten Platz in der deutschen Geschichte erwerben. Scharf verlas ein erst kürzlich gefundenes Telegramm von Bitterfelder Arbeitern an Walter Ulbricht mit Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung, Beseitigung aller Schlagbäume und freiem Reiseverkehr, Zulassung demokratischer Parteien des Westens, Wahl einer gesamtdeutschen Regierung, Freilassung der aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierten, Meinungs- und Pressefreiheit. Beeindrucken konnte auch die von Scharf kurz skizzierte Schreckensbilanz, die sich mit der z.T. blutigen Niederschlagung der landesweiten Aufstände verbindet: 18 standrechtliche Erschießungen, insgesamt 20 Hinrichtungen, 13-15.000 Verhaftete, 1.300-1.500 Verurteilungen, 320.000 Menschen flüchteten allein 1953 aus der DDR. Zum Abschluss seiner Ausführungen bedankte sich Scharf noch einmal ausdrücklich bei Frau Ahrberg für ihren maßgeblichen Anteil am Zustandekommen der Veranstaltung. Die Landesbeauftragte erwiderte den Dank an den EAK und moderierte die nun folgenden Zeitzeugengespräche mit Adolf Erxleben und Rudolf Ziemann,

Arbeitern des damaligen Reichsbahnausbesserungs- und Kraftfahrzeugreparaturwerkes in Stendal.

Die wirkungsvolle Atmosphäre des Abends wurde durch die an die Zeitzeugengespräche anschließenden angeregten Gespräche abgerundet. Die Presse lobte die Veranstaltung als gelungen und gut vorbereitet.

Die Veranstaltung beschloss der Berichterstatler mit einigen kurzen Sequenzen:

- Der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ist nur ein sehr schmaler und beschränkter Teil der christlichen Schöpfungsverantwortung und hört auf, politisches Kriterium zu sein, wo der Schutz und die Würde des Lebens auf dem Spiel stehen.
- Der 17. Juni 1953 bestätigt die politische Anthropologie in Ihrer Differenzierung zwischen ängstlich Angepassten, die gemeinsam mit den „freiwilligen Konformisten“ in der unterjochten Gesellschaft eine erdrückende Mehrheit bilden, den Verrätern und auf der anderen Seite den mutigen Nonkonformisten bzw. Widerständlern.
- Von einem „Volksaufstand“ kann zunächst gesprochen werden, weil es sich um eine spontane, bestenfalls dezentral organisierte Rebellion handelte. Erfüllt ist auch das Kriterium einer zahlenmäßig sehr großen, weder sozial noch regional eingrenzbaren Gruppe von Initiatoren und Demonstranten.
- Unser Urteil über Erfolg oder Scheitern des 17. Juni haben wir spätestens 1989 revidieren müssen: Nicht das Begriffspaar „Widerstand und Ergebung“ sondern „Widerstand und Verheißung“ und „Widerstand und Erfüllung“ reflektieren die

historischen Erfahrungen, die wir auch für zukünftige Generationen bewahren müssen.

Uns alle mahnt der Volksaufstand in der DDR zur Wachsamkeit und Geistesgegenwart, damit wir Signale eines heimlichen Wandels in politischen Zielsetzungen und staatlichem Handeln nicht verkennen: Von Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Solidarität hin zum Machterhalt von Gruppen.

von Pfarrer Georg Nuglisch

Es geht nicht um das Hüftgelenk!

Wann es tatsächlich einen „Generationenkrieg“ gibt.

Philipp Mißfelder, der Chef der Jungen Union, hat eine Debatte angestoßen, die bei vielen seiner Altersgenossen und einigen Politiker-Senioren Zustimmung fand. Die Masse jedoch kritisierte seine Ansichten auf das heftigste. Bereits Anfang Mai hatte Mißfelder gefordert, dass 80jährige künstliche Hüften nur noch mit „entsprechender Selbstbeteiligung“ bekommen sollten. Er verlangte zugleich, das Rentenalter zu erhöhen und den Urlaub einzuschränken.

Was sagt mir als Älterem diese Debatte?

1. Selbstprüfung ist angesagt. Bevor wir Älteren die Jüngeren für berechnete anfragen tadeln, müssen wir uns an unsere eigene Brust schlagen. Warum wird alles so teuer, warum gestaltet sich alles so kompliziert? Wenn wir anfangen, intensiv nachzudenken, spüren wir, dass bestimmte Themen einander bedingen. Ich denke z.B. an den Geburtenrückgang. Es waren in der jüngsten Vergangenheit nicht die 20jährigen, die Gesetze schufen,

welche die Abtreibung förderten. Es waren nicht die jungen, die dafür gesorgt haben, dass die Alterspyramide umgedreht wurde. Nicht die jungen haben sich gegen eine überzeugende Familienpolitik ausgesprochen. Wir Älteren haben es bisher nicht auf die Reihe gebracht, Ehen und Familien mit Kindern gerecht zu behandeln. Nicht die Jüngeren haben es versäumt, die Millionen Einwanderer zu integrieren. Wir Älteren haben es nicht verstanden, den Aufbau einer Parallelgesellschaft zu verhindern.

Ruheständler, seid vorbildlich!

2. Aufeinander zugehen. Es liegt doch auf der Hand: Der Generationenvertrag, der seit Bismarcks Zeiten seinen Zweck erfüllte, reicht nicht mehr aus. Unsere Zeit bietet eine große Chance für Alt und jung, aufeinander zuzugehen, aufeinander zu hören, miteinander zu reden und zu überlegen, wie die Zukunft aussehen müsste.

3. Parteiübergreifend denken und handeln. Das Problem ist zu groß und zu ernst, um es zum Spielball für die eine oder andere Partei zu machen. Vielleicht hat der 23jährige Mißfelder überzogen. Er hat erklärt, er wolle niemanden verletzen, aber die Signale, die er gab, dürfen einfach nicht länger überhört werden! Besser ist es, alle suchen gemeinsam eine Lösung, anstatt durch irgendwelche Seniorenverbände in einen „unheiligen Krieg“ verwickelt zu werden.

4. Einsichtig werden. Ruheständler werden in den kommenden Jahren mit gutem Vorbild voran gehen müssen. Ein gesteigertes Anspruchsdenken ist im Begriff, sich zu überleben. Sind die Alten bereit, berechnete Ansprüche zu reduzieren zugunsten der Jüngeren? Und ist

den Jüngeren bewusst, dass im Blick auf ihre Altersversorgung nichts so bleiben wird, wie es heute ist?

5. Mutige Schritte sind erforderlich. Ich möchte junge Politiker, die die Dinge beim Namen nennen, fördern und nicht verdammen. Wenn sie, um ihren Standpunkt zu klären, falsche Beispiele wählen, kann ich sie korrigieren.

Warum nicht verzichten?

Darüber hinaus können Ältere manches bewirken: sie sollten sich nicht an der vom Ellenbogen beherrschten Gesellschaft beteiligen. Warum sich z.B. nicht mehr für Kinder einsetzen? Warum nicht auf die eine oder andere Reise verzichten? Aber: Nicht allein die Alten verteuern das Gesundheitswesen. Man denke nur an die teuren Behandlungskosten durch Verletzungen bei den immer beliebteren Freizeitsportarten, wobei in diesem Sommer bereits ungewöhnlich viele Radfahrnfälle die Etats belasten. Die anstehenden Fragen sind für Alte und Junge überlebensnotwendig. Hier können die christlichen Gemeinden Vorreiterdienste tun.

*Horst Marquardt
Pastor*

40. Bundestagung des EAK in Halle an der Saale

Ein Rückblick

Zur 40. Bundestagung des EAK in Halle (13. und 14. Juni 2003) trafen sich Mitglieder und Interessierte aus ganz Deutschland, um das aktuelle Thema „Friedenspolitik im 21. Jahrhundert“ zu diskutieren..

Das Organisationsteam der Bundesgeschäftsstelle hatte für die Teilnehmer zwei Schwerpunkte ausgewählt. Zum einen stand die Themenarbeit unter dem Vers aus der Bergpredigt „Selig sind die Friedensstifter“ und die Neuwahl des EAK-Bundesvorstandes im Zentrum.

Zum anderen kam auch das Kennenlernen der Stadt Halle, einer Wirkungsstätte von Martin Luther und August Hermann Franke (Fränkische Stiftungen) nicht zu kurz. Sehr beeindruckend war die Idee, sich mit der Stadt Halle mittels einer Straßenbahn bekannt zu machen. Zum Empfang der Oberbürgermeisterin Frau Ingrid Häusler und zum Morgengottesdienst in der Marktkirche fuhren die Teilnehmer mit der Straßenbahn.

Die Bundesarbeitskreissitzung am Freitag Nachmittag hatte als wesentliche Bestandteile zum einen die Neuwahlen zum Bundesvorstand und zum anderen die Durchsprache und Verabschiedung der Resolution des EAK zur Friedenspolitik und der Resolution des EAK zum Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung.

Nach zehnjähriger Amtszeit als Bundesvorsitzender des EAK wurde Jochen Borchert MdB und Bundesminister a.D. verabschiedet. Der EAK dankt Jochen Borchert für seine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit. In seine Amtszeit fielen der Umzug der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin, die Bearbeitung wichtiger Grundthemen auf Bundestagungen unter anderem in Wuppertal, Erfurt Fulda, Dresden, Würzburg und Halle sowie die 50Jahrfeier des EAK in Siegen.

Neuer Bundesvorsitzender des EAK wurde Thomas Rachel MdB aus Düren. In seiner Rede stellte er die

Schwerpunkte seiner Arbeit den Delegierten vor. Neben den Wertethemen möchte er sich auch der Menschenrechtsarbeit widmen. Ebenso sollen die Sicherung des Religionsunterrichts und eine würdevolle Sterbebegleitung Themen sein.

Ebenso wurde der Bundesvorstand neu gewählt. Wir freuen uns, dass auch der Vertreter des EAK Sachsen-Anhalt wieder mit dabei ist.

Die thematischen Beiträge der Bundestagung befassten sich mit der Frage der Friedenserhaltung. Das theologische Abendgespräch am Freitagabend (13.6.) moderierte Jürgen Scharf MdL der EAK-Landesvorsitzende aus Sachsen-Anhalt. Seine Gäste waren der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Axel Noack und der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer.

Bischof Noack betonte gleich zu Beginn, dass es in der schwierigen friedensethischen Debatte unter Christen vor allem darum gehe, miteinander in den Dialog um die strittigen Fragen zu treten, ohne sich jedoch über die Kontroversen das Christsein abzusprechen. Er verneinte die Notwendigkeit einer grundsätzlich neuen Friedensethik nach dem Irakkrieg und verwies darauf, dass es weiterhin eine Bindung der militärischen Gewalt an das Recht geben müsse, die UNO habe zwar eine Beschädigung erfahren, müsse aber neu ihre Geltungs- und Gestaltungskraft zurückgewinnen.

Als besonders wichtig unterstrich der Bischof, dass sowohl Kirche als auch die freiheitliche Gesellschaft die Spannung zwischen klaren ethischen Prinzipien einerseits und der Notwendigkeit zur Kompromissfindung andererseits immer wieder auszuhalten hätten.

Ministerpräsident Böhmer forderte in seinem Referat zu vermehrter politischer Nüchternheit auf. Solange es keinen tragfähigen internationalen Konsens über grundlegende friedensethische Ziele gebe, sei auch jegliche Hoffnung im Hinblick auf eine konfliktfreie Welt illusorisch. Er stimmte Bischof Noack darin zu, dass ein unilaterales Vorgehen einer einzigen Großmacht auf Dauer nicht akzeptabel sei. Die gegenwärtige weltpolitische Konfliktlage sei jedoch noch komplizierter geworden als in früheren Zeiten. Die Tendenz zur computerisierten „High-tech“-Kriegsführung könne in Zukunft eine bedenkliche Ausweitung erfahren. Kritisch merkte Böhmer auch an, dass auch die UNO - seit ihrer Gründung - immer wieder hinter ihren eigenen idealen zurückgeblieben sei.

Die thematischen Vorträge am Samstag hielten Prof. Dr. Ulrich Körtner von der Ev.-theologischen Fakultät der Universität Wien und die Parteivorsitzende der CDU, Frau Dr. Angela Merkel. Der Vortrag von Prof. Dr. Körtner wurde in der „Evangelischen Verantwortung“ Heft 7/2003 veröffentlicht. Ebenso ist der Vortrag der CDU-Vorsitzenden Frau Dr. Merkel im Heft 9/2003 veröffentlicht worden.

Das Thema „Friedensstifter“ ist in Halle sehr umfassend diskutiert worden. Jetzt gilt es danach zu handeln und die kleinen Schritte im eigenen Umfeld zu gehen. Dass wir noch lange nicht am Ziel sind, ist daran zu erkennen, dass immer neue Kriegssituationen entstehen. Siehe Irak oder auch Israel und Palästina, Afghanistan und auch Sudan.

Michael Schekatz

Informationen aus dem Bundesarbeitskreis des EAK

Am 3. September traf sich der Bundesvorstand des EAK in Berlin-Zehlendorf im Krankenhaus „Waldfrieden“. Schwerpunkt war das Thema „Babyklappe“. Der Bundesvorsitzende Thomas Rachel verwies auf die traurige Aktualität dieses Themas, da erst einen Tag zuvor die erdrosselte Leiche eines Neugeborenen in der Nähe eines Spielplatzes in Berlin-Neukölln gefunden wurde.

Nach einem Vortrag der Krankenhauseelsorgerin Frau Pastorin Gabriele Stangl und einer ausführlichen Diskussion wurde die Resolution des EAK zum Thema „Babyklappe“ verabschiedet.

Weitere Themen dieser Sitzung waren die Ergebnisse einer von der holländischen Regierung in Auftrag gegebenen Untersuchung, welche die Euthanasiepraxis in den Niederlanden beobachtet hat. Das Resultat sei erschreckend: Das bestehende Euthanasiegesetz führe in der Praxis dazu, dass Menschen, deren Leben als vermeintlich lebensunwert eingestuft wurde, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit getötet würden. Aus christlicher Perspektive müsse dieser aktiven Sterbehilfe eine aktive Hilfe zum Leben entgegengesetzt werden. Das Beispiel der Niederlande dürfe kein Vorbild für eine Gesetzesregelung in Deutschland sein.

Der Bundesvorsitzende berichtete weiterhin über das interessante Gespräch im Rahmen seines Antrittsbesuches in Wetzlar, wo er zusammen mit Herrn Meißner Herrn Baake vom Evangeliums Rundfunk

und Herrn Matthies von idea-Spektrum getroffen hatte.

Ein weiteres Thema, das den EAK in den letzten Wochen bewegt habe, sei die Debatte um die Generationengerechtigkeit gewesen. Hier haben die ungeschickt gewählten Äußerungen von Herrn Philipp Mißfelder zu starken Irritationen geführt.

Weiterhin laufen die Planungen zum Hermann-Ehlers-Jubiläum im Jahr 2004. Hier plant der Bundesvorstand neben einer Festveranstaltung auch eine Broschüre zu Leben und Werk des EAK-Gründers herauszugeben.

Info

Ich möchte auf die ständig aktualisierte Internetseite des EAK hinweisen. eak@cdu.de, www.evangelischer-arbeitskreis.de

Michael Schekatz Resolution des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zum Thema "Babyklappe"

Leben schützen, Leben bewahren, zum Leben ermutigen

In Deutschland kommt es Jahr für Jahr immer wieder zu geheimen Geburten, zur Aussetzung oder gar zur Tötung von Neugeborenen. 40 Fälle pro Jahr werden bekannt, die Hälfte der Kinder überlebt. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen, Schätzungen gehen von bis zu 1000 Kindern aus.

Die Hintergründe für eine Aussetzung oder gar Tötung des Kindes sind vielschichtig und Fälle in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden. Wir können vermuten, dass dramatische Beziehungs- und Familienverhältnisse und extreme Aussichtslosigkeit die Frauen zu diesem Schritt veranlassen.

Die Einrichtung einer „Babyklappe“ leistet Hilfe in akuter Not, ist präventives

Angebot und bietet jenen Frauen Schutz vor gesellschaftlicher Diskriminierung, die ihrer Aufgabe als Mutter zur Zeit nicht gerecht werden können. Die „Babyklappe“ will Hilfsangebot für Frau und Kind sein und dient dem **Lebensschutz des Kindes durch Inobhutnahme und der Frau durch Beratung und Hilfe**. Ziel ist es, die Aussetzung oder gar Tötung eines Neugeborenen zu verhindern.

Eine „Babyklappe“ befindet sich in der Regel sichtsicher geschützt an einer Kinderklinik oder einer ähnlichen Einrichtung. Durch einen von außen zu betätigenden Klappmechanismus können Frauen ihr Baby unbeobachtet und anonym in ein Wärmebettchen legen. Sensoren leiten ein elektronisches Signal sofort an die Helfer weiter. Für die weitere Versorgung des Kindes besteht eine enge Zusammenarbeit mit diakonisch-karitativen Einrichtungen und dem Jugendamt. Nimmt die Mutter keinen Kontakt zur Beratungsstelle auf, wird frühestens nach acht Wochen das Adoptionsverfahren eingeleitet.

Die Mutter kann sich jedoch, nachdem sie das Kind in der „Babyklappe“ abgegeben hat im Schutz der Anonymität (Anonyme Beratung) an die zuständige Beratungsstelle wenden. Die Stelle bietet der Frau Hilfe und Unterstützung auf der Suche nach einer tragfähigen Lebensperspektive. Strebt die Mutter keine Rückführung an, geht die Verantwortung an die diakonisch-karitative Einrichtung über.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU unterstützt das Konzept der „Babyklappe“. Generell ist eine breit angelegte **Öffentlichkeitskampagne** notwendig, um das Bekanntwerden der „Babyklappe“ zu erreichen und Vorurteile abzubauen. Nur ein großer Bekanntheitsgrad stellt sicher, dass das Angebot zum Lebensschutz für das Kind und zur Hilfestellung für die Mutter wird. Unter Umständen eröffnet das Wissen um einen Ausweg der Mutter in der Krise die Möglichkeit, auch andere Lösungen ins Auge fassen zu können. Die Diskussion einer „Babyklappe“ möge dazu dienen, dass Solidarität und

Verständnis für die abgebenden Mütter/Eltern gefördert werden. Sie soll die **Öffentlichkeit** dafür **sensibilisieren**, dass es existentielle Krisen gibt, die subjektiv ausweglos erscheinen. Erst das Verständnis für das Ausmaß der Krise ermöglicht das Verständnis für die Mutter/Eltern und stärkt Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Kritiker betonen das Recht des Kindes, seine Herkunft erfahren zu können. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung darf allerdings nicht zur unüberwindbaren Hürde für den Schutz des Lebens und der Gesundheit werden. Im Vordergrund muss stets das Leben von Mutter und Kind stehen. **Das Lebensrecht des Kindes steht über dem Identitätsrecht.** Es ist gut für ein Kind, seine Herkunft zu kennen, wichtiger aber ist es zu leben. Der EAK begrüßt es, wenn die Politik hier bald möglichst Rechtssicherheit schafft.

Zweifelsehne haben keine Aufklärung und kein Fortschritt es bisher erreicht, das Gefühl der Ohnmacht, Hilflosigkeit und Einsamkeit mancher schwangerer Frauen und Mütter aus der Welt zu schaffen. Die Inanspruchnahme der vorhandenen anonymen Anlaufstellen und der „Babyklappe“ zeigt, dass die bisherigen Hilfsangebote für unge-wollte Neugeborene nicht aus-reichten.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betont jedoch, dass die Inanspruchnahme einer „Babyklappe“ dem absoluten Ausnahmefall vorbehalten bleiben muss. Ein solches Angebot muss darum in jedem Fall in ein **umfassendes Beratungs- und Hilfsangebot** eingebunden sein, das den betroffenen Frauen tragfähige Alternativen eröffnet bzw. ihnen auch im Nachhinein die Möglichkeit eröffnet, sich doch für ein gemeinsames Leben mit dem Kind zu entscheiden.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU befürwortet die Initiative „Babyklappe“ als sinnvolles Angebot für Frauen in extremer Notsituation, bei dem der Schutz des Lebens im Mittelpunkt steht. Er ist sich seiner evangelischen Verantwortung für das Leben bewusst in

der Gewissheit, dass Gott ein Gott des Lebens ist und nicht des Todes.

Verabschiedet am 03.09.2003

Gemeinsame Synodentagung für „Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland“

Die gemeinsame Tagung der Synoden der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen vom 04. bis 05. Juli 2003 in den Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale gab dem Vorhaben, eine Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland zu bilden, noch einmal einen kräftigen Impuls. Für die Synodalen steht nun endgültig fest: Wir gehen zusammen. Auf dem Weg des Zusammenwachsens zu einer Kirche in Mitteldeutschland sind gewiss noch viele schwierige Hürden zu übersteigen, aber der gemeinsame Wille neue Kirchenstrukturen zu schaffen, ist so ausgeprägt, dass ich mir als ein Teilnehmer dieser Synode nicht ernsthaft vorstellen kann, dieser Prozess könne noch scheitern. Es sind nicht nur ökonomische Zwänge, die es geraten erscheinen lassen, eine große Evangelische Kirche mit etwa 1 Million Christen in einem einheitlichen Verwaltungsgebiet zu schaffen, nein, die Bündelung der Kräfte wird es auch wieder ermöglichen, neue Kräfte für Mission und Gemeindegearbeit freizusetzen.

Voraussichtlich während der Frühjahrstagung im März 2004 wollen die Kirchen den Föderationsvertrag verabschieden. Ab Sommer kommenden Jahres könnte dann die erste Synode und die Kirchenleitung gebildet werden.

Danach bleiben jedoch die Thüringer Landeskirche und die Kirchenprovinz Sachsen als Teilkirchen mit eigener Finanz- und Personalhoheit bestehen. Auch die bisherigen Kirchenstandorte Eisenach und Magdeburg sowie zwei Bischofssitze würden beibehalten. Alle Dienstleistungen können jedoch ab sofort gebündelt werden, und nach meiner Auffassung wird auch ein Zusammenwachsen der Kirchen als eine Kirche erfolgen. Auf diesem weiteren Weg gibt es freilich nicht nur organisatorische Fragen zu beraten. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass auch aus Gesichtspunkten unterschiedlicher theologischer Ansätze und unterschiedlicher Kirchenordnungen noch viele Einzelfragen gelöst werden müssen. Alle Synodalen sind jedoch gut beraten, sich immer wieder zu vergewissern, wie von außen auf die Kirchen geschaut wird. So manches kleinliche Gezänk in theologischen Fragen, wo wir doch seit langem die volle Abendmahl- und Kanzelgemeinschaft haben, ist nicht verständlich und darf in diesem Gesprächsprozess nie Oberwasser gewinnen. Wenn die Kirchen es schaffen, sich modern und effektiv zu organisieren, so kann auch dieses ein nicht zu unterschätzender Beitrag sein, auf die Gesellschaft auszustrahlen und ansteckend attraktiv für die Verkündigung ihrer Botschaft zu sein. Moderne und effektive Organisationsformen können der Kirche helfen, sich auf ihren Verkündigungsauftrag zu konzentrieren.

Jürgen Scharf

Tod eines Traumes

Eine ökumenische Zustandsbeschreibung

Auch Häuser haben ihre Träumer und ihre Träume zeigen Bilder. Bilder vom gerechten Leben, zudem von einem gepflegten, schönen und guten. Alle sollen darin wohnen und sich wohlfühlen, miteinander reden. Heute ist der dazugehörige Begriff nur noch Geheimwissen – Ökumene - der (von Menschen mit Kultur!) bewohnte Erdkreis, das globale Lebenshaus.

Aber Träumer werden Kämpfer und Befreier, wenn die inhaltliche Fahrt ins Verbindliche geht, mit inspiriertem Auftrag fürs Soziale, von Gott selbst an- und eingehaucht. Ist nicht so das Fanal zu beschreiben, das vom gemeinsamen Abendmahl in Berlin ausgeht?! Die gemeinsame Praxis des Lebens vor Gott schafft die Fundamente des gemeinsamen Hauses in der Welt (manchmal werden in antiken Texten Ökumene und Kosmos identisch verwendet).

Da stört, wer absolut denkt, handelt, wohnt. Wer nur noch monologisieren kann, wird pathologisch. Das muss therapiert, hier muss befreit werden, sonst wird das Leben für die Mieter ungerecht, ungut, hässlich - ja, fast unerträglich. Nicht nur der verflissene Kirchentag mit seinen getöteten Abendmahlshoffnungen, auch die Alltagserfahrungen mit den oft konträren Verkörperungen der biblischen Überlieferungen und Traditionen stoßen immer wieder in tiefe Ernüchterung bezüglich der institutionellen und ideologischen Unaufrichtigkeiten. Da nehmen sich die in den Gemeinden zu verzeichnenden Gemeinsamkeiten doch recht oberflächlich und hilflos aus.

Eine erstaunliche Unsicherheit, theologische Unwissenheit gegenüber der eigenen protestantischen Identität kennzeichnet die Situation. Einige lose addierte Beispiele

unterstreichen das: Eine Superintendentin bejubelt nach einem Israelbesuch das gemeinsame Gebet von Juden und Christen zu dem gemeinsamen Gott (sic!). Einer Paraphrase zu Trinitatis, kürzlich in einer Kirchenzeitung veröffentlicht, fällt die Identität markierende Trinitätslehre schon gar nicht mehr auf und ein. Das Judentum wird dabei nicht müde, den Christen klar zu machen, dass uns weder ein gemeinsamer Gott, noch ein gemeinsamer Messias, noch eine gemeinsame Heilige Schrift verbinden. Hinzu kommt auch hier ein verhängnisvoller Absolutheits-(Aber-)Glaube, hier in Gestalt nicht eines Unfehlbarkeitsdogmas, sondern eines rigorosen Auserwählungsglaubens. Von dem hat sich aber die Urchristenheit begründetermaßen scharf distanziert und wurde deshalb von der Synagoge bis vor den römischen Kaiser verfolgt. Dies, weil es dazugehört, zum christlich-jüdischen Teil der Ökumene.

Noch schlimmer steht es um den protestantisch-katholischen Teil. Ob man nun Maria nimmt, weil nun gerade Anlass dazu ist: Wie unsensibel, theologisch-introvertiert und dogmatisch, klerikal die medialen Notate katholischer Verfasser sich da präsentieren, ist abschreckend. Es wird zudem so getan, also ob die Mariologie neutestamentlich wäre und verheimlicht, dass es sich hier um ein päpstliches Dogma erst aus den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts handelt. Oder um auf das Abendmahl zu kommen – die Transsubstantiation, ihre Vermengung mit einer nicht nachvollziehbaren apostolischen Sukzession und deren Verquickung mit einer für den Protestantismus inakzeptablen Ecclesiologie, die die Abendmahlsfeier mit einem

ausschließenden Gottesdienstverständnis vernetzt... Wie viel „archäologische“ Befreiungstheologie ist da vonnöten, um die Fundamente wieder zum Vorschein zu bringen.

Und nun gab es einige, die das geleistet haben: Das gemeinsame Abendmahl in Berlin war die Konsequenz einer ganzheitlichen Befreiungsarbeit. „Träumer“ erkämpften die Freiheit des praktischen Christentums: Der Schlüssel für das Tor zur Freiheit waren nicht nur befreite Denker, autonome Individuen, sondern vor allem die Erkenntnis: Die Rezeption der Quellen schafft die Quellen der Rezeption (H. Blumenberg: „Arbeit am Mythos“). Die Tradition muss als fesselnde Rezeption erkannt und entmachtet werden. Dann haben Protestanten und Katholiken eine Chance, wieder kommunikativ, aufrichtig und ehrlich, im „selben Haus“ zu leben, die Gewissheit, die gleiche Bibel zu haben. Ein dringendes Erfordernis gemeinsamer theologischer Diskurse ist die Erarbeitung eines unstrittigen exegetischen Fundamentes, *abgestimmte* Interpretationskriterien, konsensfähige Anwendungsstrategien (z.B. für kooperative Artikulationen zu Zeitfragen und Problemen wie der Gen-Ethikdebatte).

Aber die Trierer Reaktion zeigt, ebenso wie die jüngsten und auch die vorhergehenden Erklärungen aus Rom, dass die Träumer noch lange Kämpfer sein müssen. Sogar ins 21. Jahrhundert schleppt man dort einen Umgangsstil mit durchs „Haus“, der dem mittelalterlichen, nicht aber dem modernen Miteinander entspricht. Im introvertierten dogmatisch-institutionellen Monolog wird die eigene Definitions- und Interpretationshoheit fast arrogant, vor allem aber sehr

eintönig demonstriert: Roma locuta oikoumene finita. So gibt sich, wer sich selbst für unfehlbar erklärt. Können da die beiläufig proklamierten ökumenischen Interessen noch aufrichtig sein?! „Wie sollen sich Befreiungstheologen verhalten gegenüber einem Papst, der in einen ökumenischen Dialog gar nicht erst eintreten will?“ Keiner kann in der Moderne erwarten, dass fundamentalistisch behaupteten Ansprüchen die selbe argumentative Rolle eingeräumt wird, wie reflexiv begründeten (Habermas, Diksursethik).

Ein Christ (Hasenhüttl) wird bestraft (Bischof Marx hat juristisch reagiert, nicht theologisch, nicht seelsorgerlich), weil er mit anderen Christen gemeinsam das Mahl Jesu gefeiert hat. Das Mahl Jesu, nicht das der katholischen Kirche. Aber diese Trierer Reaktion reiht sich ein in die römische „Tradition“ des Umgangs mit eigenständigen Denkern

Die Vorkämpfer des Berliner Abendmahls haben viele Sympathisanten, die daran mehr als interessiert sind, dass in der Ökumene nicht nur das Mahl Jesu wieder zum Einheitszeichen wird, sondern dass Menschen die Bibel wieder befreit lesen und befreiend vorlesen können. Ein langes Leben den Träumern vom gemeinsamen Haus! Gestorben ist nur ein Traum: dass Ideologen und Funktionäre befreien könnten. Wollten!

**von Pfarrer Georg Nuglich
Polizeiseelsorge in
Sachsen/Anhalt**

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zwischen Staat und Kirche ein partnerschaftliches Verhältnis, das durch unterschiedliche Verträge geregelt wird.

Die Polizei nimmt einen gesellschaftlichen Auftrag wahr, der im Grundgesetz begründet ist. Sie übt das staatliche Gewaltmonopol aus, gewährleistet die innere Sicherheit des Bürgers und hat den Bestand unseres Rechtsstaates zu sichern. Mit der Ausübung dieses Dienstes sind besondere Konflikte, Belastungen und Gefährdungen für Polizeibeamte verbunden. Die Evangelische Kirche Deutschlands nimmt demgegenüber einen kirchlich begründeten Auftrag wahr, wenn sie sich gemeinsam mit der katholischen Kirche der Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft stellt. Seit 1994 gibt es den so genannten Polizeiseelsorgevertrag zwischen dem Land Sachsen/Anhalt und der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, der diesen Bereich der Sonderseelsorge regelt.

Was gehört nun zu den konkreten Aufgaben: Als erstes wäre die **berufsethische Begleitung** zu nennen. Während der Ausbildung und des Studiums an der Fachhochschule der Polizei wird durch die beiden Landespolizeipfarrer (evangelisch+katholisch) das Fach „Berufsethik“ unterrichtet. Darin geht es um das Menschenbild und Werte in unserer Gesellschaft, Gewalterfahrungen, Tod und Sterben, Umgang mit belastenden Einsätzen, Zivilcourage, ziviler Ungehorsam, Umgang mit sozialen Randgruppen, unterschiedliche Religionen – das polizeiliche Gegenüber ist nicht nur ein Gesetzesübertreter, sondern eben auch ein Mensch. Ähnliche Themen werden bei Fortbildungsseminaren für Beamte aufgegriffen.



Das zweite ist die **seelsorgerliche Begleitung** von Beamten, die einerseits aus Kontakten bei Unterricht und Fortbildung entstehen, zum andern aber durch Begleitung der Beamten während der Einsätze. Zu meinem Seelsorgebereich gehören z.B. neben den Studenten und Mitarbeitern der Fachhochschule die Beamten der Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg und Halle. Dort fahre ich bei den verschiedensten Einsätzen mit, seien es Demonstrationen, Fußballspiele, dem Castor-Transport in Gorleben o.ä. So lerne ich den Arbeitsalltag kennen, und es ergibt sich eine Reihe von Gesprächskontakten. Die Beamten lernen mich kennen. In den einzelnen Polizeidirektionen gibt es Pfarrer, die neben ihrer Gemeinde eine Teilbeschäftigung als Polizeiseelsorger haben. Sie halten Kontakt zu den verschiedenen Revieren, bieten Fortbildungsseminare an, fahren normale Dienstschichten mit und werden zur seelsorgerlichen Unterstützung bei schweren Einsatzlagen angefordert. Manch einer wird sich fragen, aber die meisten Beamten sind doch gar nicht konfessionell gebunden, wie nehmen die Beamten diese Angebote überhaupt wahr und

warum tut die Kirche dies überhaupt. Wenn Beamte in uns Polizeiseelsorgern Menschen finden, die offen und authentisch sind und zuhören können, aber auch verschwiegen sind – dies ist die oberste Grundvoraussetzung - ergeben sich Gespräche, die ich nicht oft in meinem früheren Gemeindealltag erlebt habe. Ich bin noch nie so oft und direkt auf meinen christlichen Glauben angesprochen und hinterfragt worden, was denn mein Glaube für mich konkret bedeutet und warum ich all das tue. Und sie wollen klare Antworten, da kommt man so manche Mal auch ins Schwitzen. Zum ändern sehe ich im Polizeiberuf einen harten Job, der nicht unbedingt hohe gesellschaftliche Anerkennung findet und eher schlecht als gut bezahlt wird – schließlich riskieren die Beamten zum Teil ihr Leben für unsere Sicherheit. Menschen, die solchen beruflichen Belastungen ausgesetzt sind, bedürfen einer besonderen Zuwendung. Solidarische und zugleich auch kritische Begleitung ist von daher eine der gesellschaftlichen Verpflichtungen von Kirche, zum ändern ist christliches Handeln in menschlichen Grenzsituationen gefragt und gefordert. Dem möchte ich mich stellen.

*Thea Ilse
Landespolizeipfarrerin*

Die Evangelische Martin-Luther-Grund- schule Oppin

Die Anfänge

Vier Familien aus dem Halle-Saalkreis waren mit den staatlichen Schulen in ihrer Umgebung

unzufrieden, z. B. mit dem zu hohen Alter der Lehrer, den zu großen Schulen und Klassen, mit den Horten und zu wenig Erziehern für so viele Kinder.

Sie wollten ihren eigenen Kindern, die in die Schule kommen sollten, ein besseres Angebot machen und beschlossen, eine neue Schule zu gründen. Das Ende der bis dahin bestehenden staatlichen Schule war beschlossen; die letzten Klassen verließen im Sommer 2002 diese Schule. Die Gemeinde Oppin stellte dem Trägerverein das Gebäude zur Verfügung. Nun hieß es, ein Konzept und einen Finanzplan zu entwickeln. Die ersten drei Schuljahre muss jede private Schule ohne Zuschüsse aus Landesmitteln „überleben“. Es mussten 250 000 Euro an Finanzmitteln nachgewiesen werden, damit die Schulgründung genehmigt wird. Weil alle Beteiligten einen kirchlichen Hintergrund hatten, wurde die Landeskirche um Hilfe gebeten. Diese Hilfe kam auch von der evangelischen Schulstiftung in Nürnberg, die den größten Anteil der Kosten übernahm. Durch viele Spenden und den geplanten Elternbeitrag von damals 55 Euro pro Monat und Kind schien die Finanzierung gesichert. Aber im Februar 2002 wurde beschlossen, dass schon zu viele evangelische Schulen im letzten Jahr gegründet wurden und deshalb für neue Projekte das Geld fehle. Durch weitere Spenden kamen 10 000 Euro zusammen und dazu eine große Summe der Landeskirche und des Kirchenkreises – der letztlich auch die Bürgerschaft übernahm.

So konnte im August 2002 die Evangelische Martin-Luther-Grundschule Oppin mit einer 1. Klasse mit 15 Schülern feierlich

eröffnet werden. Ein 16. Kind kam bald dazu.

Die Gegenwart

Jeden Montag beginnt die neue Woche mit einer Morgenandacht, zu der nicht nur alle Schüler und Lehrer, sondern auch die Eltern herzlich eingeladen sind. Verschiedene Veranstaltungen im Jahr laden auch die Gemeindeglieder zu Andachten und Gottesdiensten mit den Kindern in die Oppiner Kirche ein. Frau Wille, die Religionslehrerin arbeitet hier an unserer Schule mit sehr viel Engagement, aber auch der Kreisschulpfarrer, Herr Puhr, und der Gemeindepfarrer, Herr Domke, sind oft Gäste an unserer Schule. So gestalteten die Kinder gemeinsam mit Herrn Domke und Frau Wille zu Himmelfahrt auf den Burgstetten einen Gottesdienst für die umliegenden Gemeinden.

Inzwischen sind aus den Schulanfängern „gestandene“ Schüler geworden, die selbständig lernen und arbeiten und jeden Tag gern in die Schule kommen. Wir bereiten z.Zt. für die neue erste Klasse das Schulaufnahmeprogramm vor.

Die Zukunft

Die neue erste Klasse hat 20 Schüler, auf die wir uns sehr freuen. Auch die neuen Kolleginnen, Frau Peterson und Frau Groth, sind herzlich willkommen. Anmeldungen haben wir bis zum Jahr 2008, was will man mehr?

Längst ist noch nicht alles fertig, was z. B. die Außenanlagen der Schule betrifft. Aber es ist schön zu sehen, wie durch vielfältige Unterstützung von Eltern und Spendern die Schule immer weiter wächst, sowohl in der Schülerzahl als auch im Ansehen in der Umgebung.

Unser Computerkabinett ist seit einiger Zeit fertig, die Kinder lernen außer Deutsch und Mathematik auch Englisch. Mit unserem Sportlehrer, Herrn Schmidt, wird viel für die gesunde Bewegung getan. Auch musikalisch geht mit der Kreismusikschule ganz schön was los.

*von D. Baumann
, Schulleiterin*

Religion - Politik - Gesellschaft

Ergebnisse einer repräsentativen
Umfrage der KAS

Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Werteüberzeugungen der Menschen sind entscheidende Grundlagen von Politik. Politik, insbesondere christlich-demokratische Politik, sollte genau beobachten, welche Entwicklung diese Grundlagen nehmen und wie die aktuelle Situation sich darstellt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deswegen eine repräsentative Umfrage unter 2000 Personen über 16 Jahre durchführen lassen, deren Ergebnisse jetzt ausgewertet sind und in einem zusammenfassenden Arbeitspapier vorliegen.

Manche Ergebnisse der Umfrage haben uns positiv überrascht, andere waren besorgniserregend.

Erfreulich erscheint uns z.B., dass

- es verstärkt den Wunsch nach Nähe zur Kirche und nach persönlicher Begegnung mit Geistlichen gibt;
- die Bevölkerung die Arbeit der Kirchen im hohen Maße begrüßt;

- das christliche Menschenbild mehrheitlich von den Menschen vertreten wird;
- es ein stabiles, auch christlich begründetes Wertefundament in der Gesellschaft gibt.

Kritisch ist dagegen zu sehen, dass z.B.

- die Vorstellung von einem persönlichen Gott und klassische christliche Glaubensinhalte wie die Dreieinigkeit keine mehrheitliche Akzeptanz haben;
- die jüngeren Befragten durchweg deutlich geringere Zustimmungswerte aufweisen;
- die Menschen aus den neuen Ländern sehr reserviert gegenüber Christlichem, auch in der Politik sind.

Einen Alarmismus halte ich für nicht gerechtfertigt. Aber wenn christliche Werte auch in Zukunft das private und öffentliche Leben unseres Landes maßgeblich mitgestalten sollen, darf man die Kriesensyndrome nicht negieren, sondern muss schnell und konsequent reagieren. Politik und Kirche sollen hierüber in einen verstärkten Dialog eintreten.

Die Umfrageergebnisse können bei der KAS angefordert werden.
Wilhelm Staudacher

Nachkonfirmandenfreizeiten in Taizé

Beispiel einer erfolgreichen
kirchlichen Jugendarbeit

Auf der Sitzung des EAK-Landesvorstandes am 5. Mai 2003 wurde der Wunsch geäußert, sich mit dem französischen Wallfahrtsort Taizé zu beschäftigen. Die evangelische Marktkirchengemeinde in Halle richtet seit einigen Jahren

mit großem Engagement und Erfolg Nachkonfirmandenfreizeiten in Taizé aus. EAK-Landesvorstandsmitglied Peter Scharz hat Pfarrer Harald Bartl gebeten, kurz über seine Verbindungen ins südfranzösische Taizé zu berichten. In einem Schreiben, an den EAK Sachsen-Anhalt berichtet Pfarrer Bartl wie folgt:

„Gewachsen seit 1991, fahren mittlerweile ca. 150 junge Leute im Anschluss an ihre Konfirmation nach Taizé. Ab dem 15. Lebensjahr sind in dem kleinen Dorf Südfrankreichs Jugendliche aus aller Welt beieinander, um sich zu begegnen. Sie sind auf der Suche nach dem Sinn des Lebens und der Gemeinschaft mit Gott. Gerade in diesem sensiblen Alter wird nach authentischen Lebensvollzügen gefragt, welche die Brüder der Communität von Taizé eindrucksvoll widerspiegeln. Von Jahr zu Jahr hat diese meist einwöchige Fahrt unter den Konfirmandinnen und Konfirmanden größere Resonanz gefunden, so dass ich mir vorstellen könnte, dies auch erweitert, über den Kirchenkreis Halle-Saalkreis hinaus, zu verbreiten. Gleiches gilt für die europäischen Jugendtreffen zur Jahreswende in den verschiedenen Hauptstädten Europas.“

Der Landesvorstand des EAK Sachsen-Anhalt grüßt Sie alle ganz herzlich und wünscht Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Erntedankfest. Bleiben Sie Gott befohlen und uns gewogen.

Jürgen Scharf Michael Schekatz
Vorsitzender

